

Innenminister Karl Peter Bruch und der internationale Terrorismus



Foto: DDP, entnommen aus der RHEINPFALZ vom 31.10.07

**"Einen absoluten Schutz
vor Terroranschlägen wird es auch
zukünftig nicht geben."**



Sehr geehrte Frau

Ihre E-Mail vom 12. September 2007 habe ich erhalten. Aus Ihren Zeilen entnehme ich zum einen Ihre Besorgnis vor terroristischen Anschlägen auf zivile Einrichtungen in der Region Kaiserslautern/Ramstein und zum anderen Ihre Zweifel darüber, ob die Maßnahmen der Sicherheitsbehörden tauglich sind, die Bürgerinnen und Bürger vor terroristischen Anschlägen zu schützen. Lassen Sie mich hierauf kurz antworten.

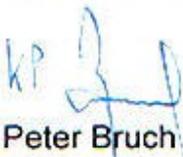
Dass Deutschland nicht nur Teil eines abstrakten Gefährdungsraumes ist, sondern auch konkret durch den internationalen Terrorismus bedroht ist, belegen nachhaltig die misslungenen Kofferbombenanschläge des vergangenen Jahres auf Regionalzüge in Koblenz und Köln sowie die Festnahmen von drei Terrorverdächtigen Anfang September im Sauerland. Gerade die Ergreifung dieser drei Personen, die bei ihrer Festnahme mit der Herstellung von Sprengstoff beschäftigt waren, ist ein Beleg für die gute Arbeit der Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern im Kampf gegen den islamistischen Terrorismus. Die drei Tatverdächtigen standen bereits vor ihrer Festnahme unter Beobachtung der Sicherheitsbehörden, wobei Rheinland-Pfalz über den Fortgang der Ermittlungen stets informiert war. Meine Auffassung, dass eine unmittelbare Gefährdung der Bevölkerung durch diese Terrorverdächtigen nicht bestanden hat, wird von der Generalbundesanwaltschaft und dem Bundeskriminalamt ebenso geteilt wie meine Feststellung, dass es bis zur Festnahme der drei Personen keine Erkenntnisse zu konkreten Anschlagplanungen mit einem Anschlagziel in Rheinland-Pfalz gegeben hat.

Die nicht nur in Amerika und Europa bereits von islamistischen Terroristen durchgeführten Anschläge haben gezeigt, dass eine Vielzahl von Objekten und Örtlichkei-

ten, die sich keinesfalls nur auf US-amerikanische Liegenschaften beschränken, als potenzielle Anschlagziele in Betracht kommen. Eine lückenlose Überwachung all dieser Objekte und Örtlichkeiten durch die Sicherheitsbehörden ist weder in unserem Land, noch in einem anderen Staat leistbar. Um so mehr sind die Sicherheitsbehörden darauf ausgerichtet, Terroristen und potenzielle Gefährder frühzeitig ausfindig zu machen und dieser habhaft zu werden und dies unabhängig von einem konkreten Anschlagziel. Dies ist den Sicherheitsbehörden bereits wiederholt gelungen. Sofern konkrete Anhaltspunkte für eine Gefährdung einer bestimmten Örtlichkeit oder eines bestimmten Objektes vorliegen, führen die Sicherheitsbehörden die notwendigen Schutzmaßnahmen durch.

Sehr geehrte Frau ich kann Ihnen versichern, dass unsere Sicherheitsbehörden alles nur mögliche unternehmen, die Bevölkerung vor einem Terroranschlag zu schützen. Gleichwohl wäre es unverantwortlich und unredlich, die Bürgerinnen und Bürger in einer Sicherheit zu wiegen, die es real nicht gibt. Einen absoluten Schutz vor Terroranschlägen wird es auch zukünftig nicht geben und dies gilt für die Einwohner in der Region Kaiserslautern/Ramstein ebenso wie in anderen Landesteilen auch.

Mit freundlichen Grüßen


Karl Peter Bruch

(Der Originalbrief des Ministers vom 9. November 2007 hat uns vorgelegen. In der hier abgedruckten Kopie haben wir alle persönlichen Daten der Empfängerin gelöscht.)

Unser Kommentar

Zur Erinnerung an die Situation, aus der heraus die besorgte Bürgerin eine E-Mail an den rheinland-pfälzischen Innenminister Bruch geschrieben hat, drucken wir noch einmal eine kurze Passage aus unserer LP 193/07 ab. Darin heißt es:

In der am 12.09.07 um 19.45 Uhr ausgestrahlten Sendung "Rheinland-Pfalz aktuell" des SWR-Fernsehens sagte Bruch u. a.: "Wir haben Ramstein sowieso gesichert. Jeder Terrorist, der Ramstein angreift, muss blöde sein, weil, da kann man nicht rein." Mit Ramstein meint Herr Buch nicht etwa die Stadt Ramstein-Miesenbach, sondern die US-Air Base Ramstein. Nicht die westpfälzische Stadt, den US-Militärflugplatz hat er also "sowieso"

noch zusätzlich von rheinland-pfälzischen Polizisten bewachen lassen. Natürlich sind Sprengstoffattentäter nicht so "blöd", dass sie in eine der am stärksten gesicherten US-Militärbasen einzudringen versuchen. In Großbritannien wurden ja auch nicht die von der US-Air Force benutzten RAF-Flugplätze Mildenhall oder Lakenheath heimgesucht, und in Spanien wurde nicht die US-Air Base Torrejon angegriffen. Die Sprengsätze explodierten in Fahrzeugen des öffentlichen Nahverkehrs, und fast alle Opfer waren einheimische Zivilisten. Die von Anschlägen bedrohten Bewohner der Westpfalz kommen in den Sicherheitsüberlegungen des hauptsächlich für ihren Schutz zuständigen Innenministers Bruch überhaupt nicht vor. Er sorgt sich offensichtlich nur um das Wohlergehen der US-Militärs, die ihn zum Ehrenobristen gekürt haben.

Nach Hinweisen auf die zweifelhaften Fahndungserfolge bei den "Kofferbombern" und den "Bleichmittel-Terroristen" gibt der Innenminister selbst zu, dass es "gleichwohl unverantwortlich und unredlich wäre, die Bürgerinnen und Bürger in einer Sicherheit zu wiegen, die es real nicht gibt".

Dabei sind Kurt Beck und Karl Peter Bruch auch persönlich dafür verantwortlich, wenn Rheinland-Pfalz "nicht nur Teil eines abstrakten Gefährdungsraumes ist, sondern auch konkret durch den internationalen Terrorismus bedroht" wird. Bruch hat auf Becks Veranlassung doch immer wieder in Washington darum gebettelt, dass in unserem Bundesland möglichst viele US-Stützpunkte erhalten bleiben. Nach neuesten Meldungen soll jetzt sogar Baumholder, das die US-Army eigentlich aufgegeben wollte, noch einige Jahre als US-Garnison genutzt werden. Damit bleibt die große Auswahl potenzieller Terrorziele ungeschmälert bestehen.

Dabei könnte es einen absoluten Schutz vor Terroranschlägen in der Region Kaiserslautern/Ramstein und in der ganzen Bundesrepublik nicht erst in ferner Zukunft, sondern in längstens zwei Jahren geben. Wenn die Bundesregierung nach einem entsprechenden Beschluss des Bundestages den "Vertrag über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik" vom 23.10.1954 noch in diesem Jahr kündigt, müssen bis Ende 2009 alle US-Truppen, die uns den Terror ins Land holen, abgezogen sein. Ein demonstrativer Rückzug aller Bundeswehrverbände von den Schlachtfeldern der völkerrechts- und verfassungswidrigen Angriffskriege der Bush-Administration wäre ein weiterer notwendiger Schritt.

Washington-Reisen und briefliche Ausreden helfen uns nicht weiter. Durch heftiges Nachdenken und vernünftige Entscheidungen können nicht nur die Rheinland-Pfälzer, sondern alle Bewohner der Bundesrepublik vor Terroranschlägen bewahrt werden.

Ach, iwwerischens ...

Was will dann de Bruch vor Weihnachde schunn widder in Ameriga? Willer denne Barraskepp in Washington noch määh Geldgeschenke mache? Der soll meddem Arsch dehääm bleiwe, un iwwer die Feierdaae emol sei Hern inschalde, wann noch was devun iwwerisch is. Das missd doch sogar der kabbiere: Wann die Amis gehn, kumme aa kää Terrorischde. So ääfach is dess!

www.luftpост-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern